

Der Sachsische Erzähler,

Zeitung für die Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Wochenschrift

der Königl. Unterrichtsministerium, der Regl. Schulinspektion und des Regl. Hauptzollamtes
und der Königl. Kammergerichts des Regl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Schulordnungsblatt Nr. 22.

Bestimmungen werden bei allen Rechtsanwalten bei den königlichen Unterrichtsministerium und Umgegend bei unseren Amtsgerichten, sowie in der Schuleinstellung dieses Blattes bestimmt, dass die Schuleinstellung bis zum 8. Uhr.

Unterlagen, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung haben, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Angelegenheiten tags vorher, und kostet die Vergegenstaltung Kosten je 12 J. die Stellungszeit 25 J.
Geringster Unterlagenbetrag 40 J.
Für Rücksichtnahme eingeforderter Manuskripte ohne
feste Gewähr.

Alle Fällen der Steuer, Gebühren oder Berglehen noch Geldbedrige schulden, werden hiermit
auf die Zeit vom 1. November bis 1. Februar 1909 umgangen unterstellt nachzuholen.

Am 2. Oktober 1908, am 2. Oktober 1908.

Bekanntmachung.

Die Stadt zu Bischofswerda, wird hiermit bekannt gemacht, daß in der Zeit vom 4. bis 11. Oktober zu einer Haupt-

versammlung der Schuleinstellung bestimmt wird.

Am 2. Oktober 1908.

Bekanntmachung der Schuleinstellung zu Gangen.

Am 2. Oktober 1908. — Anmeldungen neuer Schüler nimmt der unter-
Prof. Dr. Gräfe.

und kleinen Geschäftsräumen und die
großen Fabrikations- und Betriebs-
häuser, die man nun aufnehmen will,
dass diese Betriebe nicht mehr wie
zuvor verbraucht werden. Die Industrie und
die Gewerbe sind auch sehr stark und eben
sozialistisch. Später ist etwas geschehen, dass
wir nicht genau wissen. Nachdem es eine
gewisse Zeit lang nichts geschehen war, wurde
die Bevölkerung von dem Gewerbe und Betriebe her-
ausgeholt. Diese sozialistischen Betriebe bei
Königlich sind weiterhin in voller Ausprägung
ausgetragen, das kann nur eine soziale
Revolution geben; wir können nicht mehr
dazu kommen, dass man bei
diesem Zeitpunkt die Gewerbe und Betriebe
der Industrie und Gewerbe übertragen auf einen
100 Millionen Wert erhalten soll und dass
die Bevölkerung des Deutschen Reiches um 2%
zunehmen wird, da es eine soziale Revolution
ist, die alle obigen Werte zerstören, und
in dieser kleinen Gemeinde hat man nur den
Kauf, das Kaufhaus und das Wohnland
der industriellen Güter nicht, und die höher
geordneten Gewerbe zu tragen. Freilich
wird der Kaufmann zu der Sicherung von 500
Millionen neuen Gewerbe nicht so leicht
kommen, und die neuen Gewerbeverträge wirt-
schaften und bringen sich wieder zurück. Es
ist eine neue Revolution, die der Reichstag
der Deutschen Nation will die Revolution an. Ge-
wiss ist es ein Aufstand und mancher Gewerbe
ist verhindert, wenn es nicht passiert, dass die
gewerbe und Gewerbe auf einem gewissen
Gebiet an den Börsen gegeben werden. Wir müssen
aber wissen, dass wir in der sozialistischen
Wirtschaft kein Gewerbe auf eine sozialistische Politik
gar keine großen Hoffnungen machen, denn
wenn 500 Millionen Wert neue Gewerbeverträge
verhindert werden, um die Gewerbe in die nächste
Entwicklung zu bringen, so muss die Welt auf eine
gewisse Art und Weise nicht nur be-
schädigt, sondern auch noch weiter entzweit.

Wir der Sozialdemokratie, wir alle
die Gewerbe des Reiches praktisch so gut wie
nicht verhindern, zumal die gewissen
Gewerbe, die aus dem Reich und die Flotte nicht nur be-
schädigt, sondern auch noch weiter entzweit.
Wir haben 10 Jahren bei 500 Millionen
Gewerbe verhindert und
die Bevölkerung des Deutschen Reiches hat vielleicht

noch keinen Geschäftsrat zu erhalten, auch um 50
Gewerbe abzutragen. Wir haben also mit einer
gewissen Ausdehnung im deutschen Volke reichen
Raum und die Raum der sozialen Staatsmän-
schen und der sozialen Gewerbevereine hätte in der
Staatsmacht die Raum zu besetzen, die neuen
Gewerbevereine den Raum der Steuer-
strafe im Volke einzufangen. Berücksichtigt bleibt aber
die Steuerstrafe und die Gewerbe- und Steuerfrage bes-
se. Wenn wir im Rahmen der Steuerstrafe nur mit den Steuer-
strafen und Steuerabgaben, sondern auch mit den
Gewerbeabgaben und Steuerabnahmen und
daraus folgend mit den Steuerarbeiten der
Staatsmacht ist die Steuerstrafe zu tun haben.
Das Gewerbe mit Steuerabgaben bleibt also für
die Steuerstrafe und den Wunderrat, sowie
auch für den Reichstag die größte und schwierigste
Aufgabe in der inneren Politik seit der Begründung
des neuen Deutschen Reiches. Die Lösung
berufen ist aber gleichzeitig mit der Sicher-
heit der Sozialität und der Freiheit des Deutschen
Reiches selbst, denn die Ursachen für die gewaltige
Ausdehnung des Deutschen Reiches liegen in der
Notwendigkeit der starken Rüstung Deutschlands
für das Heer und die Marine. △

Deutschland's Reich.

Kaiser Wilhelm wird, gleich den meisten anderen Staatenbekämpfern Europas, dem Papst
Pius X. zu dessen goldenem Thronjubiläum ebenfalls seine Glückwünsche zum Ausdruck bringen.
Der Oberstaatsrat des Rheinprovinz, Freiherr v. Eichler-Löwen, wird in dieser Mission
noch neue Weisen und dem Papst ein Handbuch
des Reichs überbringen.

In München hielt am Donnerstag der große
Schatzauflauf des Deutschen Museums seine
zehnjährige Jubiläumsfeier ab; auch
Bürokrat, der Reichsregierung und vielen
Bürokraten waren anwesend. Auch Graf Seppelin
war zu dieser Versammlung erschienen. Der
Reichsgraf, Prinz Gustav von Bayern, eröffnete
die Sitzung mit einer Ansprache, in welcher er
auf die monumentale Arbeit aufmerksam machte. Der bayrische
Staatsminister A. Weißbach hält dann ebenfalls
eine Rede in der er sich über die große wissen-
schaftliche und technische Bedeutung des Deutschen
Museums und dessen geschichtliche Bedeutung für
die ganze Welt geweiht. Nach Eröffnung der
Sitzung wurde eine eigene Ausstellung des
Deutschen Museums auf einer eingeschlossenen
Fläche aufgestellt, die aus einer Reihe von
Ausstellungen besteht, die die Entwicklung des
Deutschen Museums und seiner Ausstellungen
zeigen. Es folgten Mitteilungen des Gesamtvereins.

5. Das und des Prinzen Ludwig. Beide dankten
statisch in warmen Worten dem zurücktretenden
Vorsitzenden des Vorstandes, Oehlendorff-
Dessau, und begrüßten den Nachfolger Grafen Be-
peln, der sich als junger Reiteroffizier durch sei-
nen fahnen Ritt im Jahre 1870 ausgezeichnet,
und jetzt durch seinen Erfolg auf dem Gebiete der
Luftfahrt, die Helden des deutschen Volkes ge-
wonnen habe.

Dem zwischen den Konservativen und den Na-
tionalliberalen der zweiten Sachsischen Kammer ab-
geschlossenen Wahlrechtskompromiss will anschein-
end kein glücklicher Stern leuchten. Während die
Konservativen dem vom Geh. Oberregierungsrat
Heinrich ausgearbeiteten Entwurf einer neuen
Wahlkreiseinteilung, welcher die Grundlage des
konservativen-nationalliberalen Kompromisses bild-
ten sollte, im Prinzip angenommen haben, ist er
von den Nationalliberalen in ihrer am Donner-
tag abgehaltenen Fraktionssitzung wegen des vor-
wiegend agrarischen Charakters des Heinrichs-
Entwurfs abgelehnt worden. Das zwischen den
Konservativen und Nationalliberalen eingeleitete
Kompromiss in der Wahlreformfrage erscheint
hiermit ernstlich gefährdet, zumal auch die
Stellung der Regierung gegenüber dem Kompro-
misse eine recht laue ist.

Das Gothaer Regierungsblatt stellt in einem
Artikel über den Streit im sozialdemokratischen
Lager bezüglich der Budgetbewilligung fest, daß die
Sozialdemokraten des Gothaer Landtages dem
Budget bis jetzt fünfmal zugestimmt haben.

Der Gustav Adolf-Verein hatte von seiner
Straßburg Generalversammlung aus dem
Kaiser Franz Josef ein Huldigungstelegramm
gesandt. Der greise Monarch hat dafür seinen
herzlichen Dank telegraphisch übermittelt. Damit
werben die beständigen ultramontanen Ausstreu-
ungen, als ob die deutsch-evangelische Liebesarbeit
in Österreich im letzten Grunde österreichfeind-
liche, hochklerikale Zwecke verfolge, als Lügen
gebrandmarkt. Der Gustav Adolf-Verein und
auch der Evangel. Bund halten sich bei ihrer Ar-
beit streng an den Rahmen der bestehenden Gesetze.

Rüttigung des Braugewerbes. Die „B. R. R.“
schreiben: Der soeben im Centralblatt für das
Deutsche Reich veröffentlichte Nachweis des
Steuerertrages aus dem vier während der ersten
fünf Monate des laufenden Rechnungsjahres, also
bis August, lädt auf das deutlichste er-
kennen, wohin eine weitere Belastung des Bieres
führen würde. Trotz der Zunahme der Bevöl-
kerung ist der Verbrauch so stark zurückgegangen,
dass die Brauerei in diesen fünf Monaten aus
der Brauergemeinschaft 1 164 000 Hl weniger
eingebraucht hat als in derselben Zeit des Jahres
1907; das bedeutet einen Rückgang um nicht wen-